

denn auch immer dann, wenn die Bin-nenperspektive durchbrochen wird und *Oppelland* und *Träger* die Linkspartei im Zusammenspiel mit anderen Parteien untersuchen. Beispielsweise betonen die Autoren im Hinblick auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen die Parallelen zu den Grünen (133), stellen aber leider nicht die Frage, unter welchen Bedingungen denn ein linkes Neumünster, also eine Trennung vom orthodoxen Flügel, denkbar wäre. Wären die ideologischen Differenzen innerhalb der Linkspartei in der Tat unüberbrückbar, käme dieser Frage eine zentrale Bedeutung zu. Sehr gelungen fällt die Analyse des Verhältnisses zu SPD und Grünen im Hinblick auf Regierungsbündnisse aus. Hier kommen die Autoren auch zu einem pro-noncierten Urteil, indem sie solchen Bündnissen auf Bundesebene eine nur geringe Wahrscheinlichkeit prognostizieren (223–8). So legen *Oppelland* und *Träger* eine insgesamt sehr gelungene Überblicksdarstellung vor, der manchmal etwas mehr Mut zu über-greifenden Systematisierungen und Thesen zu wünschen gewesen wäre.

Michael Kofß

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

**Slutsch, Sergej und Carola Tischler (Hrsg.): *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Bd. 1: 1933/1934, 2 Teilbände*.** München. De Gruyter / Oldenbourg 2014. 1536 Seiten. 198,00 €.

Mit dem ersten Band der Dokumentation Deutschland und die Sowjetunion

1933–1941 hat die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ein zentrales Werk zur Analyse der nationalsozialistischen Außenpolitik vorgelegt. Für das Deutsche Reich bedeutete das Jahr 1933 eine doppelte Zäsur. Ende 1932 hatten die Entente-Mächte auf der Genfer Abrüstungskonferenz Deutschland prinzipielle Gleichberechtigung auf dem Rüstungssektor zugestanden. In der Folge entspannten sich daher die Beziehungen Berlins zu den Westmächten, während die Kooperation mit der Sowjetunion an Bedeutung verlor. Einem Gezeitenwechsel glich dann die Machtergreifung Adolf Hitlers im Januar 1933. Die Tragweite dieses Schrittes wurde zunächst weder im Westen, noch in der UdSSR erkannt; so sah zum Beispiel Stalin in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zunächst nur eine vorübergehende Episode in der langen Liste deutscher Reichskanzler.

Wie reagierte nun die sowjetische Seite auf den Wechsel in Berlin? Entwicklung und Durchführung außenpolitischer Entscheidungen oblagen in Moskau dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten („Narkomindel“), das Grundsatzfragen jedoch mit Stalin – der „Instanz“, wie es in den sowjetischen Texten heißt – abstimmte. Noch im Unklaren über die Richtung der neuen deutschen Politik, beschränkte sich die sowjetische Seite 1933–1934 zunächst auf ein pragmatisches und undogmatisches Lavieren voller Widersprüche. In den von Hitler bereits wenige Tage nach der Machtergreifung in einer Rede vor der Reichswehrführung abgesteckten Grundlinien seiner künftigen Politik wurde eine Abkehr vom Multilateralismus der Weimarer Republik angekündigt und deren bevorste-

hende nationale Ausrichtung betont. Noch versuchten aber Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath und Diplomaten der Wilhelmstrasse, dem damaligen Sitz des Auswärtigen Amtes, die bisherigen Kernmaximen liberaler Außenpolitik zu erhalten.

Die größte von Hitler dekretierte Veränderung – die in Moskau zu großer Beunruhigung führte – war die deutsche Annäherung an den Westen und die damit einhergehende Lockerung der bislang engen Verbindung zur Sowjetunion. Diese Verschlechterung wurde sichtbar, als die Reichsregierung zwei sowjetischen Journalisten eine Zulassung als Beobachter beim Reichsbrandprozess im Leipziger Reichsgericht verweigerte. Angesichts der schwachen sowjetischen Reaktion – ebenso bei anderen Anlässen – gewinnt der Leser der Dokumente den Eindruck, dass für Moskau die Aufrechterhaltung guter sowjetisch-deutscher Beziehungen wichtiger war als für Berlin. So versicherte die sowjetische Seite ihren deutschen Gesprächspartnern mehrfach, dass sie zwischen der Bekämpfung der KPD im Innern und der Einstellung zur Sowjetunion einen Unterschied mache. Nachdem die Westmächte Deutschland eine annähernde Gleichberechtigung auf dem Rüstungssektor zugestanden hatten, verlor auch die Fortführung der geheimen deutschen Aufrüstung auf sowjetischem Territorium an Bedeutung; sie wurde im Mai 1933 beendet. Die Initiative ging dabei von der Sowjetunion aus, welche diese mit ihren hohen Kosten begründete. Künftig lag der Schwerpunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf dem Wirtschaftssektor. Im Mittelpunkt standen die Einfuhr von sowjetischem Erdöl und Erdölprodukten. Deutschland exportierte dafür In-

dustriegüter, die der Modernisierung der sowjetischen Infrastruktur dienen sollten. Als Anfang 1934 die deutsche Seite auf eine Bezahlung in Dollar drang, sorgte dies für Irritationen; erst recht, als Berlin diese Regelung nach dem Verfall des Dollarkurses wieder rückgängig machen wollte.

Eine erhebliche Belastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen trat ein, als die sowjetische Seite verschiedene Pläne zur europäischen Sicherheit entwickelte, zum Beispiel den „Baltenpakt“, der eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen der Sowjetunion, Polen, Deutschland und den Baltischen Staaten vorsah. Mit noch mehr Skepsis und Aversion wurde in Berlin das zusammen mit Frankreich im Sinne eines „Ost-Locarnos“ konzipierte Projekt eines „Ostpaktes“ betrachtet, mit dem der Versuch einer Einbindung Deutschlands unternommen wurde. In gewisser Weise war das vom Auswärtigen Amt vehement abgelehnte „russisch-französische Komplott“ eine Reaktion auf die im Hugenberg-Memorandum niedergelegten Ziele nationalsozialistischer Weltpolitik. Die Forderung nach Siedlungsraum für deutsche Bauern auf dem Territorium der zur Sowjetunion gehörenden Ukraine ließ in Moskau die Alarmglocken schrillen. In der Folge reduzierten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen auf Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Lektüre der sorgfältig redigierten Dokumente (eine Ausnahme ist das Sachverzeichnis, in dem nicht alle Seitenzahlen korrekt sind) vermittelt ein faszinierendes Bild des allmählichen Umschwungs von engen und freundschaftlichen Beziehungen zur ideologischen und politischen Entfremdung zwischen beiden Staaten. Die weiteren Bände der bis 1941 projektierten Do-

kumentenreihe dürften diesen Trend noch sichtbarer machen. Für die Analyse der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Vorkriegszeit sind diese Bände jedenfalls unverzichtbar.

*Helga Haftendorf*

Krotz, Ulrich und Joachim Schild.  
*Shaping Europe. France, Germany, and Embedded Bilateralism from the Elysée Treaty to Twenty-First Century Politics.*  
 Oxford. Oxford University Press 2013.  
 340 Seiten. 58,00 £.

Unter den Buchpublikationen, die zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages von 1963 erschienen sind, konzentriert sich die von *Krotz/Schild* auf die enge Verflechtung des deutsch-französischen Bilateralismus mit dem europäischen Multilateralismus. Mit Hilfe des von ihnen entwickelten Konzepts des „embedded bilateralism“ gehen sie der Frage nach, weshalb Deutschland und Frankreich trotz tiefgreifender sozio-politischer Unterschiede in den vergangenen fünfzig Jahren unter sich ständig wandelnden internen und externen Handlungsbedingungen im europäischen Einigungsprozess eng zusammengearbeitet haben und so diesen entscheidend vorantreiben konnten. Die Zusammenarbeit beider Länder und ihre Rolle in Europa betrachten sie dabei als die beiden Seiten einer Medaille. Unter „embedded bilateralism“ verstehen sie die bilateralen Beziehungen beider Länder in Hinblick auf den multilateralen europäischen Prozess. Entsprechend diesem Verständnis ist die Arbeit gegliedert. Nach einer ausführlichen Erläuterung des methodologischen Zugangs folgt die Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen auf der zwischenstaatlichen, der symboli-

schen und der gesellschaftlichen Ebene. Daran schließt sich die Darstellung der europäischen Kooperation beider Partner auf den Gebieten der Normen und Institutionen sowie zentraler Politikfelder an. Abschließend werden dann die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst. Eine umfangreiche Bibliographie erleichtert die eigene Forschung. Methodologisch beruht die Arbeit auf einem bilateralen Ansatz. Sie begrenzt sich dabei nicht auf die zwischenstaatliche Ebene, sondern bezieht die symbolische und gesellschaftliche Ebene mit ein. Dadurch unterscheidet sie sich grundlegend von den dominierenden, multilateralen intergouvernementalen, funktionalen oder Mehrebenen-Governance-Ansätzen der europäischen Integrationsforschung. Allerdings werden diese nicht völlig ausgeklammert, sondern in die Untersuchung integriert, wenn dies den Autoren notwendig erscheint.

Ausgangspunkt der Untersuchung bildet der auf dem Elysée-Vertrag sowie auf dessen Folge- und Nebenverträgen beruhende „regularized bilateral intergovernmentalism“. Dieser habe sich zu einem engen Konsultations- und Kooperationssystem entwickelt, das innerhalb der EU einzigartig sei. Beteiligt seien sich an den halbjährlichen Regierungstreffen zunächst nur die Spaltenpolitiker beider Länder, so kooperieren heute auf der Arbeitsebene ein ganzes Heer deutscher und französischer Beamter. So war es beiden Regierungen häufig möglich, Interessengegensätze und Konflikte zu überwinden und gemeinsame Haltungen in strittigen Europafragen zu finden. Gestärkt worden seien die zwischenstaatlichen Beziehungen durch eine symbolische Politik, die dem beiderseitigen Verhältnis einen historischen Sinn verliehen habe. Zu ihr gehört zum Beispiel die gemeinsame Ge-